

Medienspiegel Woche 6 / 2017



Inhalt

Noten / St. Gallen / Sauer Florian / Beurteilen / Kompetenzen

Tagblatt, 09. Februar 2017

[Noten spalten Kanton und Stadt](#) 1

Tagblatt, 11.2.2017

[Schlechte Noten für den Stadtrat](#) 3

Kirche / St. Gallen / Religionsunterricht / Lehrplan 21 / Konfirmation

Tagblatt, 11. Februar 2017

[Kritik an evangelischer Kirche](#) 5

Schulleiter / Appenzell / Teambildung / Schulentwicklung / Qualitätssicherung / Milizsystem / Schulrat

Tagblatt, 04. Februar 2017

[Geleitete Schule wird Realität](#) 7

Appenzeller Volksfreund, 8. Februar 2017

[Leserbrief zu „Schulleiter für Unter- und Mittelstufen“](#) 8

Limmattaler Zeitung, Samstag, 11.2.2017

[Bedrängte lokale Schulbehörden](#) 9

Initiativen / Graubünden / Verfassung / Demokratie / Kompetenzorientierung / Ökonomisierung

Schule Schweiz, 8. Februar 2017

[Bündner Initiativen für Mitsprache bei Lehrplänen wird im März eingereicht](#) 11

[Einige andere Rosinen aus Schule Schweiz von dieser Woche](#) 11

Aargau / Initiative / Abstimmung / Kampagne / Behördenpropaganda

Die Weltwoche, 11. Februar 2017

[Abstimmungskampf im Schulzimmer](#) 12

Fächer / Finnland / Brühlmann Jürg / LCH / Projekte / Allgemeinbildung / Selbstverantwortung

20Minuten, 08. Februar 2017

[Werden die Schulfächer bald abgeschafft?](#) 14

Informatik / Medienbildung / Mittelschulen / St.Gallen / Programmieren / EDK / Leuenberger Martin

Tagblatt, 10. Februar 2017

[Informatik immer zwingender](#) 16

Bildung / Demokratie / Ökonomisierung / Müller Felix / Populismus / Kompetenzen / Geschichtswissen

NZZ am Sonntag, 05.02.2017

[Der Niedergang des Schulfachs Geschichte hilft den Populisten](#) 18

Bern / Frühfremdsprachen / Französisch / Gymnasium / Pichard Alain / Pisa / Didaktik

Die Weltwoche, 11. Februar 2017

[Frühfremdsprachen: Rien ne va plus](#) 20

Noten spalten Kanton und Stadt



Schülerinnen und Schüler der Grundstufe werden in der Stadt nur noch mit ganzen Noten beurteilt. Dies will der Kanton nun wieder ändern. (Bild: Urs Bucher)

ST.GALLEN · Die Regierung will der Stadt vorschreiben, wie sie ihre Schülerinnen und Schüler beurteilen soll: mit ganzen und halben Noten. Für die Stadt wäre dies ein Schritt zurück, denn Halbnoten wurden bereits abgeschafft.

Christoph Renn

Schulnoten bleiben ein heisses Eisen. Denn in der kommenden Februarsession wird im Kantonsrat eine vorberatende Kommission eingesetzt, die den Nachtrag zum Volksschulgesetz berät. Und dieser Nachtrag hat es für die Stadt St. Gallen in sich: Denn der Regierungsrat schlägt dem Kantonsrat vor, dass die Beurteilung der Schülerinnen und Schüler mit ganzen und halben Noten erfolgen müsse und nicht mehr im Ermessen des Schulträgers liege. Unglücklich wäre diese Änderung für die Stadt deshalb, weil sie eben erst für das Zeugnis des zu Ende gegangenen Schuljahres ein neues Beurteilungssystem eingeführt hat. Und darin wird auf Halbnoten verzichtet.

Eine erneute Umstellung für Eltern und Lehrer

Bereits bei der Einführung des neuen Beurteilungssystems in den städtischen Schulen auf der Grundstufe hat es Diskussionen gegeben. So hat der Verband der Lehrpersonen, Sektion St. Gallen, dem Schulamt vorgeworfen, bei diesem Thema vorzupreschen (Ausgabe vom 27. Mai 2016). Dieses Argument lässt Stadtrat Markus Buschor aber nicht auf sich sitzen: «Die Stadt St. Gallen hat in aller Sorgfalt und im Rahmen der aktuell geltenden Gesetzgebung, von langer Hand geplant, die Lehrpersonen auf die kompetenzorientierte Beurteilung vorbereitet.» Noch im November 2013 nämlich habe das Erziehungsdepartement den Verzicht auf halbe Noten als zulässig erklärt. Dies im Rahmen des Projekts Kofa (Kompetenzen fördern und abbilden). Erst im Februar vergangenen Jahres sei es dann zu einer Kehrtwende im Kantonsrat gekommen. Deshalb betont Buschor, dass «man an den städtischen Schulen in der Vergangenheit bis heute geltendes Recht eingehalten hat und dies auch in Zukunft tun wird».

Das geltende Recht könnte den städtischen Schulen aber bald einen Strich durch die Rechnung machen. Je nach Entscheid des Kantonsrates müssten Halbnoten und die Noten 1 und 2 wieder eingeführt werden. Für Lehrpersonen und Eltern würde dies eine erneute Umstellung bedeuten. Markus Buschor ist zwar weiterhin der Ansicht, dass der Verzicht auf Halbnoten mit Blick auf den Lehrplan 21 die richtige Lösung ist. Doch werde die Stadt «natürlich» die Weisungen des Kantons akzeptieren und umsetzen. «Es wird hohe Sorgfalt angewendet, wenn es nun darum geht, zu beurteilen, wie das weitere Vorgehen aussieht.» Die Stadt werde nichts überstürzen. «Diese Beurteilung wird nicht voreilig erfolgen, denn es steht zurzeit noch gar nicht fest, wie die Politik auf die Botschaft reagieren wird.»

Der Lehrplan 21 wird wie geplant umgesetzt

Noch im Mai sagte Florian Sauer, Abteilungsleiter Schulen im Zentrum und Westen der Stadt, gegenüber dem Tagblatt, dass die Einführung des Lehrplans 21 mit Halbnoten scheitere. «Scheitern ist ein hartes Wort. Es bringt aber den Widerspruch zwischen Lehrplan 21 und Halbnoten zum Ausdruck», sagt Buschor. «Wir können mit dem in der Botschaft der Regierung angedachten Beurteilungssystem arbeiten.» Doch sei der Verzicht auf Halbnoten ganz im Sinn des Lehrplans 21. «Die Arbeit der Lehrpersonen wird so nur anspruchsvoller.» Dies ändere jedoch nichts daran, dass die Lehrkräfte in Zukunft kompetenzorientiert urteilen müssen.

Die Stadt darf nicht mehr selbst entscheiden

Wie genau die Schülerinnen und Schüler der Stadt in Zukunft beurteilt werden, steht noch in den Sternen. Sicher ist, dass es Veränderungen geben wird. Die Frage ist nur, welches Notensystem sich durchsetzt. Entscheidet sich der Kantonsrat nämlich dazu, der Stadt offenzulassen, ob sie mit oder ohne Halbnoten beurteilt, dann wird das Notensystem nicht nur beibehalten, sondern auch ausgebaut. So will die Stadt bald auch die Fünft- und Sechstklässler ohne halbe Noten beurteilen. Bis zum Jahr 2023 soll sich dieses AAB22-System dann in der Stadt bis und mit Oberstufen niederschlagen. So hat es das Schulamt zumindest geplant. Entscheidet der Kantonsrat anders, muss das Schulamt nochmals über die Bücher.

Die Stadt hat laut Markus Buschor mit dem Verzicht auf Halbnoten nichts falsch gemacht. Und: «Wir haben die Ressourcen gut in die Vorbereitung der Lehrpersonen auf den Lehrplan 21 investiert.» Klar sei auch, dass er sich an der politischen Diskussion beteiligen werde.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/stadt/Noten-spalten-Kanton-und-Stadt;art186,4899753>

Leserkommentare

09.02.2017

Hr Kölliker, einst als konservativer und strammer SVP-Bildungsdirektor angetreten, es wäre wohl an der Zeit, ihre Schäfchen sprich Schuldirektoren etwas an die Kandare zu nehmen. In der wohl eher linkslastigen Bildungs-Pädagogen-Lehrer- Gilde ist Anarchie ausgebrochen und jeder hat sein eigens Notensystem. Die Ultra-Reformisten experimentieren munter weiter mit dem Endziel, Noten und Fächer ganz abzuschaffen, zuerst die Halbnoten und Note 1 und 2. Im Rotmonter Hochgebirge hat eine bunte ewig-gestrige Hippiekommune von Lehrern gar 3 Farben statt 6 Noten eingeführt. Was ist mit Harnos? Ah, der Notensalat bzw. Abschaffung der Noten wird nun mit LP21 gerechtfertigt. Hat das Volk jemals "ja" zu LP21 gesagt? Nein.

Mit Harnos hat man dem Bürger ein statt 26 Bildungssystem versprochen, das den Umzug erleichtert, und nun haben wir sogar innerkantonal Unterschiedliche Notensysteme ! Unser einstig sehr erfolgreiches CH-Schulsystem wird weiter an die Wand gefahren um irgend welche LP21-OECD- Systeme nachzuäffen, die gemäss Pisa dort wo sie eingeführt wurden (Finnland) bereits versagt haben. Wer stoppt diese Endlosreformitis?

amul

Absoluter Schwachsinn oberster Güte. Man sollte die Verantwortlichen, die aus dem sinnvollen Harnos-Projekt eine überladene und komplett verpädagogisierte Sache gemacht haben, die Berechtigungen entziehen.

Man stelle sich das vor: Da werden hunderte Millionen für Harnos ausgegeben, aber man ist auf Stufe Bund nicht fähig, in der ganzen Schweiz dasselbe Benotungssystem einzuführen. Und diese Leute verdienen zudem noch beträchtlich...

Pumpelche

Tagblatt, 11. Februar 2017

Schlechte Noten für den Stadtrat

Die halben Noten hätten aus der Stadt verschwinden sollen. Der Regierungsrat erwägt, sie wieder einzuführen.

SCHULNOTEN · Der Stadtrat hat mit der Abschaffung der halben Zeugnisnoten voreilig gehandelt. Der Lehrerverband erwartet, dass der Kanton die Stadt zurückpfeifen wird. Die Lehrer sind entsprechend konsterniert.

Elisabeth Reisp

Die Stadt St. Gallen hat im letzten Schuljahr für die neuen Jahrgänge die halben Noten aus den Zeugnissen verbannt. Als erste Gemeinde des Kantons und ganz ohne Not. Denn verpflichtet war sie zu diesem Schritt noch nicht. Dieser Schnellschuss könnte sich jetzt als Rohrkrepiierer herausstellen. Denn der Regierungsrat schlägt dem Kantonsrat in einem Nachtrag zum Volksschulgesetz vor, dass die Beurteilung der Schülerinnen und Schüler mit ganzen und halben Noten erfolgen müsse und nicht mehr im Ermessen des Schulträgers liege. In der Februarsession wird dazu im Kantonsrat eine vorberatende Kommission eingesetzt (siehe Ausgabe vom 9. Februar). Und nach Einschätzung des Verbands Lehrpersonen Sektion St. Gallen (VLSG) ist dieser Nachtrag wahrscheinlich mehrheitsfähig.

Für die Lehrpersonen würde die Annahme bedeuten: alles rückgängig auf den vorherigen Status und wieder mit halben Noten bewerten. Entsprechend konsterniert reagiert der VLSG auf diese Meldung.

Mit welcher Note kommt ein Schüler in die Sek?

Es habe absolut keine Not bestanden, die halben Noten aus der Beurteilung zu verbannen, sagt Gion Berther, Präsident des VLSG. Es existiere wohl eine Wegleitung zum Thema Beurteilung im Lehrplan 21, die einen gewissen Interpretationsspielraum zulasse, sagt Berther. Aber von einem Zwang zu ganzen Noten stehe darin nichts. Der VLSG habe das Vorgehen des Stadtrates kritisch beobachtet und hinterfragt und sehe sich jetzt in seiner Meinung bestätigt. Nach welchen Kriterien und aus welcher Motivation heraus der Stadtrat so voreilig gehandelt habe, erschliesse sich ihm nicht. «Überhaupt führt der Kanton den neuen Lehrplan ein und nicht die Gemeinden. Geplant ist dies auf kommendes Schuljahr hin. Dass die Stadt so vorgeprescht ist, ergibt keinen Sinn», sagt Berther.

Was Berther aber vor allem drückt an der ganzen Geschichte: Bis jetzt seien zirka 90 klassenverantwortliche Lehrkräfte an einer mehrtägigen Weiterbildung auf den Lehrplan und dessen Bewertungssystem geschult worden. «Dass kostete viel Geld und jetzt wird das Benotungssystem wahrscheinlich wieder gekübelt.»

Mangelnde Wertschätzung sieht auch Sarah Noger im Vorgehen des Stadtrates. Sie ist Beisitzerin des VLSG und Unterstufenlehrerin. «Insbesondere weil wir vom VLSG klar unsere Bedenken zu dieser Massnahme geäussert haben», sagt Sarah Noger. Denn de facto liege die Arbeit, alles wieder rückgängig zu machen und die Eltern darüber zu informieren, beim Lehrpersonal.

Die Bedenken der Lehrerschaft zum System der ganzen Noten richten sich vor allem auf die Mittel- und Oberstufe. In der Unterstufe sei es nicht so wichtig, welches Beurteilungssystem angewendet werde, sagt Noger. «Aber wie entscheidet der Lehrer einer 6. Klasse, welche Schüler in die Real- und welche in die Sekundarstufe kommen, wenn es die entscheidende Note 4,5 nicht mehr gibt?», fragt Sarah Noger. Noch schwieriger sei es später bei der Lehrstellensuche. «Welcher Auszubildner könne aus einem ganznotigen Zeugnis wirklich etwas herauslesen? Und wie vergleicht man dann die Zeugnisse mit jenen von Schülern etwa aus Wittenbach?» Viele Fragen zur ganznotigen Bewertung seien nicht geklärt worden.

Noten sind zweitrangig, aber das Vorgehen ärgert

Adrian Strazza engagiert sich im Elternforum Feldli-Schoren und ist Vater von drei Kindern. Bei den Eltern komme das neue Bewertungssystem sehr unterschiedlich an. Als Vater sei es ihm persönlich nicht so wichtig, nach welchem System die Kinder in der Unterstufe benotet werden, da seine Kinder in der Schule gut mithalten können. Aber als Steuerzahler habe er wenig Verständnis für solche Hüftschüsse des Stadtrates.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/stadt/Schlechte-Noten-fuer-den-Stadtrat;art186,4901575>

Tagblatt, 11. Februar 2017

Kritik an evangelischer Kirche



Schüler besuchen das neue Schulfach «Ethik, Religionen, Gemeinschaft» bei einer schulischen oder kirchlichen Lehrperson.
(Bild: Getty Images)

WAHLFREIHEIT · Evangelisch-reformierte Schüler, die das neue Schulfach «Ethik, Religionen, Gemeinschaft» nicht bei einer kirchlichen Fachperson besuchen, können sich nicht konfirmieren lassen. Das löst Kritik aus.

David Gadze

Das neue Schulfach «Ethik, Religionen, Gemeinschaft» (ERG), wird erst ab dem kommenden Schuljahr unterrichtet. Dennoch gibt es bereits jetzt Kritik. Grund dafür ist die Wahlfreiheit der Eltern beziehungsweise Schüler für eine der beiden Varianten ERG-Schule (von Lehrpersonen der Schule erteilt) oder ERG-Kirche (durch kirchliche Fachlehrpersonen unterrichtet). Denn in der Oberstufe müssen evangelisch-reformierte Schüler ERG-Kirche besuchen, ansonsten können sie sich nicht konfirmieren lassen. Das stösst vielen Eltern sauer auf. Beim Schulamt sind bereits Beschwerden eingegangen.

Andreas Ackermann, Beauftragter für Kommunikation der Evangelisch-reformierten Kirche des Kantons St. Gallen, versucht, die Kritik zu relativieren. Bereits bisher hätten die Oberstufenschüler wählen müssen zwischen dem Fach Ethik und dem Religionsunterricht. Dieser sei Bedingung gewesen für die Konfirmation. «Für die Schüler ändert sich faktisch also nichts.»

«Was auf der Verpackung draufsteht, ist drin»

Im Merkblatt des Schulamts heisst es aber explizit: «Das Fach ERG wird so gestaltet und unterrichtet, dass es von Kindern aller weltanschaulichen Orientierungen besucht werden kann. Es handelt sich nicht um Religionsunterricht.» Dieser werde von den Kirchen angeboten und sei, im Gegensatz zu ERG, freiwillig. Warum macht die evangelisch-reformierte Kirche also diese zusätzliche Bestimmung? Die Wortwahl des Schulamts sei unpräzise, sagt Ackermann. «Freiwilligen Religionsunterricht gibt auf der Primarstufe, nicht aber auf der Oberstufe.» Zudem handle es sich um eine Frage der Perspektive. Während die Schule eine neutrale Sicht vertrete, beurteile eine kirchliche Lehrperson Fragen der Schöpfung oder der Ethik anders. Deshalb gebe es einen Unterschied zwischen den beiden Varianten. «Es ist klar, dass wir im Unterricht nicht missionieren, zumal beide Varianten Schülern aller Religionen und Konfessionen offenstehen», sagt Ackermann. «Aber was auf der Verpackung draufsteht, ist drin.»

Das Bistum St. Gallen beurteilt das anders. «Im Religionsunterricht und später im Fach ERG werden zwar die Grundlagen geschaffen und das christliche Wissen erworben für die Erstkommunion und die Firmung», sagt Barbara Wälti, Katechese-Verantwortliche der Katholischen Kirchgemeinde. Bedingung für eine spätere Firmung sei der Besuch von EGR-Kirche jedoch nicht. Das habe auch damit zu tun, dass alle Firmlinge einen separaten Firmkurs besuchen müssen – aber nicht nur. «Die Kompetenzen und Werte, die im Fach ERG vermittelt werden, sind bei beiden Varianten letztlich dieselben», sagt Wälti. Es sei zwar richtig, dass eine christliche Lehrperson teilweise andere Ansichten zu bestimmten Fragen haben könne, der Unterricht müsse dennoch wertneutral sein.

Schulamt klärt Rechtsmittelweg ab

Das Schulamt lässt die Kritik nun überprüfen. «Es steht der Vorwurf im Raum, dass die Kirche die Volksschule faktisch zu einem Wahlpflichtprogramm zwingt, das aus Elternsicht verfassungsmässige Grundrechte verletzen könnte», sagt Schulamtsleiterin Marlis Angehrn. Ob das stimme, müsse auf dem ordentlichen Rechtsmittelweg überprüfbar sein. In der Volksschule dürfe es keinerlei Diskriminierungen von Schülern aufgrund einer persönlichen, religiös oder anderweitig motivierten Wahlentscheidung geben. Auch die Kirche müsse sich, sobald ihre Anordnungen obligatorischen Volksschulunterricht betreffen, diskriminierungsfrei verhalten. Das Schulamt habe sich daher beim zuständigen kantonalen Amt Ende Januar erkundigt, ob sich Eltern gegebenenfalls wehren können und wie. Die Antwort des Kantons stehe noch aus.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/toggenburg/Kritik-an-evangelischer-Kirche:art340,4901682>

Tagblatt, 04. Februar 2017

Geleitete Schule wird Realität

APPENZELL · Der Schulrat von Appenzell setzt um, was er vor gut zwei Monaten angekündigt hat: die geleitete Schule. Bereits ab August sollen auf Stufe Kindergarten und Primarschule Schulleiter im Einsatz stehen.

Dieser Tage fiel der Entscheid: Das Konzept der geleiteten Schule soll in Appenzell etappenweise umgesetzt werden. Geplant ist, an den Unter- und Mittelstufen bereits ab Schuljahr 2017/2018 zwei Schulleiter oder -leiterinnen einzusetzen. Auch die Sekundar- und die Realschule, die bereits eine reduzierte Form von Schulleitung kennen, werden dereinst auf das neue Konzept umstellen. «In der Oberstufe ist das Ganze komplexer und aufwendiger, darum haben wir uns für eine etappierte Einführung der geleiteten Schulen entschieden», so Schulratspräsident Daniel Brülisauer.

Der künftige Schulleiter, die Schulleiterin wären verantwortlich für die personelle, pädagogische Führung sowie für die organisatorische und finanzielle Führung eines definierten Schulzyklus nach Lehrplan 21. Der Aufgabenbereich umfasst Teambildung, Schulentwicklung, Qualitätssicherung sowie Kommunikation. Die Schulleitung der Zukunft wird eine Scharnierfunktion wahrnehmen zwischen Schule, Eltern und Behörden.

Vorteile der geleiteten Schule sind kürzere Wege, was Informationen und Entscheidungen anbelangt, zeitnahe Unterstützung der Lehrkräfte im Schulalltag, zum Beispiel in Krisensituationen sowie Kontinuität in der Schulentwicklung und Qualitätssicherung über die gesamte Schulgemeinde hinweg. «Ich denke, der Schulrat soll vor allem ein strategisches Gremium sein», fügt Brülisauer an, «die operative Leitung übernehme der Schulleiter, die Schulleiterin». Dadurch würde das Milizsystem entlastet.

Mehrmonatiger Prozess mit Vernehmlassung

Dem Entscheid des Schulrats ist ein Prozess mit einer Arbeitsgruppe und ein Vernehmlassungsverfahren vorausgegangen. Seit Juni 2016 diskutierte auf Anregung des Schulrats eine Gruppe aus Lehrkräften, Schulräten, Mitgliedern des Volksschulamtes und externen Fachleuten verschiedene Formen und Herausforderungen von geleiteten Schulen, das Anforderungsprofil der künftigen Schulleiter und evaluierte die Stellenpensen. «Entscheidend für den Erfolg des neuen Konzepts sind die leitenden Personen und die Kooperation der Lehrkräfte,» sagt Daniel Brülisauer weiter. Die Lehrerinnen und Lehrer der Schulgemeinde Appenzell wurden im November über die Pläne informiert und konnten Stellung dazu nehmen. Deren Anregungen seien bei der Erarbeitung des Konzepts berücksichtigt worden.

Die neue Aufgaben- und Kompetenzenverteilung werde zwar Verschiebungen in Volksschulamt und Schulsekretariat auslösen, aber wohl kaum personelle Konsequenzen haben, stellt Daniel Brülisauer klar. Zwei weitere Arbeitsgruppen werden nun die Aufgabenbereiche der verschiedenen «Player» definieren. Die Schulleitungen würden sich regelmässig zum Austausch treffen, skizziert der Schulpräsident die Zukunft.

Monica Dörig

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/appenzellerland/Geleitete-Schule-wird-Realitaet:art120092.4895516>

Appenzeller Volksfreund, 8. Februar 2017

Leserbrief zu „Schulleiter für Unter- und Mittelstufen“

Die Schulgemeinde Appenzell will Schulleiter für die Unter- und Mittelstufen einführen. Mit gesundem Menschenverstand stellt man sich da die Frage, was das soll.

Die Schulleiter sollen verantwortlich sein für die personelle, pädagogische, organisatorische und finanzielle Führung. Die Bereiche Personal, Organisation und Finanzen sind klar Aufgaben des Schulrats, eines vom Stimmvolk gewählten Gremiums. Die obrigkeitliche Kontrolle umfasst nur noch die Kontrolle der Schulen, d. h. der Schulleiter und ihres Betriebes. Der einzelne Lehrer wird nur noch vom Schulleiter kontrolliert. Es kann nicht sein, dass die Volksvertreter im Bereich Schule das einfach abschieben. Die Funktion des Schulleiters ist zudem im Schulgesetz des Kantons nicht vorgesehen.

Mit Schulleitern schafft man das demokratisch funktionierende Lehrerkollegium mit gleichwertigen Lehrern im selben Schulhaus ab und führt eine privatwirtschaftliche Befehlsstruktur ein. Martin Wendelspiess, langjähriger Chef des Zürcher Volksschulamtes hat in einem Interview bestätigt, dass die Einführung von Schulleitern die einschneidendste Reform in der Schule in den letzten Jahren darstellt. Das Berufsbild der Lehrkräfte wandelt sich vom „Ich und meine Klasse“ zum „Wir und unsere Schule“. Die persönliche Verantwortung des Lehrers wird dadurch mit dem gesteuerten Schulkollektiv verwässert.

Die geleitete Schule beschäftigt sich viel mehr mit Team, Teambildung, Teamanlässen. Das ist nicht nur schlecht. Allerdings passiert das alles während bezahlter Arbeitszeit und nimmt einen immer grösseren Anteil an der Arbeitszeit aller Lehrer ein, so dass der Anteil an wirklicher Unterrichtszeit stetig zurückgeht. Das können wir irgendwann nicht mehr bezahlen.

Die Schulgemeinde wird mit der Einführung von Schulleitern weitgehend ausgehebelt. Der Schulrat hat vor allem nur noch Verwaltungsaufgaben. Er darf noch für die Infrastruktur und die finanziellen Mittel sorgen, mehr nicht. Die Einführung von Schulleitern ist also grundsätzlich eine Entmachtung der Lehrkräfte, Schulräte und Stimmbürger. Es wird alles nur verbürokratisiert. Die Lehrer haben in Zukunft statt persönlicher Beziehung (vor allem mit den Eltern und untereinander) mit Befehlsstruktur und Gesinnungsdiktatur (Evaluation und Qualitätssicherung) zu funktionieren. Allfällige Schulbeanstandungen der Eltern bekommen mit den Schulleitern eine weitere Instanz, eine Verzögerung der Wirkung und eine Erschwerung, die meistens zur Resignation führt. So sind schon viele lästige Elternbeanstandungen vom Tisch und die Schule macht was sie will, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Kinder.

Ich bin mir klar, dass meine Meinung von vielen als unrichtig aufgenommen wird. Wer aber die Möglichkeit hat, sich bei Eltern von Schulkindern in den Kantonen mit Schulleitern zu informieren und zu schauen, wie es dort funktioniert wird nicht umhin kommen, seine jetzige Meinung zu revidieren. Es geht darum, eine bestens funktionierende Schule auf einem möglichst guten Niveau weiterzuführen, und dazu muss der Wahnsinn der Schulleitungen gestoppt werden.

Paul Bannwart
Appenzell Steinegg

Bedrängte lokale Schulbehörden



«Gerade auf lokaler Ebene sind grosse Umwälzungen im Gange, welche grundlegende Fragen zur demokratischen Verankerung der Volksschule aufwerfen.»

Ein Gastkommentar von Oliver Dlabac*, Projektleiter am Zentrum für Demokratie Aarau und Lehrbeauftragter an der Universität Zürich und Judith Hangartner, Forschungsbeauftragte an der Pädagogischen Hochschule Bern zu den Umwälzungen, die die Verankerung der Volksschule betreffen.**

Bei aller Aufregung über HarmoS, Lehrplan21 und Pisa-Studie: Oft vergessen wird die Ebene der Gemeinden und Schulen, wo die Reformen umgesetzt und Schulqualität täglich geschaffen werden muss. Dabei sind gerade auf lokaler Ebene grosse Umwälzungen im Gange, welche grundlegende Fragen zur demokratischen Verankerung der Volksschule aufwerfen.

Angestossen wurden die Veränderungen mit der Einführung professioneller Schulleitungen in praktisch allen Kantonen. Damit wurde nebst der Laien-Schulbehörde, die traditionellerweise die Schule in ehrenamtlicher Arbeit führte und beaufsichtigte, eine zweite Instanz zur Führung der Schule installiert. Dabei wurde den Schulleitungen die «operative Führung» zuerkannt und die Aufgabe der kommunalen Schulbehörden (unter anderem «Schulpflege» oder «Schulkommision» genannt) in Abgrenzung dazu als «strategische Führung» bezeichnet.

Inzwischen zeigt sich, dass die kommunalen Behörden nicht nur Aufgaben, sondern auch Kompetenzen abgegeben haben. Angesichts ihres Bedeutungsverlusts überrascht es kaum, dass etwa der Kanton Bern seinen Gemeinden empfiehlt, die traditionelle Behörde in ein beratendes Organ der Gemeindeexekutive umzuwandeln.

Im Kanton Solothurn wurden die eigenständigen Schulbehörden gar flächendeckend abgeschafft, und ihre «kostenneutrale» Abschaffung steht auch im Kanton Aargau zur Diskussion. Aber selbst im Kanton Zürich, wo die Trennung zwischen politischer Gemeinde und steuerberechtigter Schulgemeinde besonders ausgeprägt war, werden die Schulgemeinden zusehends aufgelöst, woraufhin das Schulpräsidium als Schulvorstand in die politische Exekutive integriert wird.

Gleichzeitig spiegeln diese Veränderungen auch den Wandel, dem das milizförmig aufgebaute Gemeindewesen allgemein ausgesetzt ist: So sind immer weniger Bürgerinnen und Bürger bereit, sich im Rahmen eines Ehrenamts für ihre Gemeinde einzusetzen. Folglich ist auch bei der politischen Gemeindeexekutive die Rede von der Delegation operativer Aufgaben an professionelle Gemeindeverwaltungen.

Kleine Pioniergemeinden im Kanton Luzern haben die Führung der Verwaltung an einen Geschäftsführer übergeben und das Exekutivamt durch zeitlich klar begrenzte Teilzeitämter attraktiver gemacht. Was manche als schleichende Professionalisierung und Verrat am Milizprinzip kritisieren, betrachten andere als unumgänglichen Schritt, um mit dem politischen Entscheidungsgremium zumindest das Herzstück des Milizsystems am Leben zu erhalten.

Die zentrale Frage ist: Was geht verloren, wenn statt einer separaten Schulbehörde eine gestärkte Gemeindeexekutive die Führung der Schule gegenüber der Stimmbevölkerung verantwortet? In der Hauptsache wird engagierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit genommen, verbindlich auf die Schule Einfluss zu nehmen. Schulzuteilungen, Umteilungen und Übertrittsent-scheide, die Verfügung disziplinierender Massnahmen, die Anstellung des Schulpersonals, die Formulierung des Schulprogramms: All dies wird durch Professionelle vorgenommen, ohne auf die Befindlichkeiten betroffener Eltern Rücksicht nehmen zu müssen.

Beratende Kommissionen oder die eingeführten Elternräte an den Schulen können keinen Ersatz bieten, da ihnen verbindliche Mitwirkungsmöglichkeiten gerade in diesen Bereichen fehlen. Zudem wird mit der Abschaffung der kollegialen Schulbehörde die parteipolitische Abstützung geschwächt, da die politische Verantwortung für das Schulwesen in einer einzigen Person, dem Schulvorstand in der Gemeindeexekutive, gebündelt ist.

Bei den gegenwärtigen Reformen der kommunalen Schulführung stellen sich also folgende Herausforderungen: Einerseits gilt es die Aufgabenteilung zwischen Professionellen und Ehrenamtlichen so vorzunehmen, dass die zugeordneten Aufgaben auch wirklich erfüllt werden können. Hierbei gilt es ehrenamtliche Gemeindeexekutiven zu entlasten und nicht noch zusätzlich zu belasten.

Darüber hinaus ist die Legitimierung der Schule in der lokalen Öffentlichkeit zu gewährleisten, wofür auch das Viertel der Bevölkerung ohne Schweizer Pass mit einzubeziehen ist.

Unabhängig davon, ob die öffentliche Mitwirkung über die eigenständige Schulbehörde, über eine beratende Kommission oder über Elternräte organisiert wird, entscheidend ist, dass es gelingt, das für den Schulbetrieb nötige Vertrauen in der breiten Bevölkerung sicherzustellen.

** Dr. Oliver Dlabac ist Projektleiter am Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) und Lehrbeauftragter an der Universität Zürich. Er leitete die Studie zur Milizorganisation der Aargauer Gemeindeexekutiven.*

*** Dr. Judith Hangartner ist Forschungsbeauftragte an der pädagogischen Hochschule Bern und Mitherausgeberin des neu erschienenen Buches „Gemeinden in der Schul-Governance der Schweiz – Steuerungskultur im Umbruch“ (Springer, 2016).*

<http://www.limmattalerzeitung.ch/kommentare-aaz/bedraengte-lokale-schulbehoerden-130964112>

Schule Schweiz, 8. Februar 2017

Bündner Initiativen für Mitsprache bei Lehrplänen wird im März eingereicht

Die Doppelinitiative «Mitsprache bei wichtigen Bildungsfragen» und «Mitsprache bei Lehrplänen» ist auf grosses Interesse gestossen und wird Mitte März eingereicht. Wie in vielen anderen Kantonen wächst auch in Graubünden der Widerstand gegen grundlegende Schulreformen, die an der Öffentlichkeit vorbei eingeführt werden. Das Bildungswesen geht die ganze Bevölkerung etwas an. Darum wollen wir mit der Verfassungsinitiative die Schule in die demokratische Kontrolle zurückholen.

Pressemitteilung, 8.2. Komitee Gute Schule Graubünden

Ebenso steht die öffentliche Debatte über den Lehrplan 21 noch aus, der die bereits laufende Umgestaltung unseres Schulwesens festschreibt. Namhafte Wissenschaftler kritisieren die kompetenzorientierten Konzepte, auf die sich der LP 21 bezieht. Sie sind pädagogisch nicht erprobt und dienen vor allem der Ökonomisierung der Schule. Um die Qualität des Bildungswesens zu sichern, fordern wir darum mit der Gesetzesinitiative auch in Zukunft Lehrpläne, die grundlegende Inhalte festlegen und verbindliche Jahresziele formulieren.

Ausgefüllte Unterschriftenbögen können Sie uns noch bis am 20. Februar zustellen.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/02/bundner-initiativen-fur-mitsprache-bei.html>

<http://www.suedostschweiz.ch/politik/2017-02-08/widerstand-gegen-lehrplan-21>

Einige andere Rosinen aus Schule Schweiz von dieser Woche

11. Februar 2017

[Pakt der Verwaltung mit den Bildungsverbänden schliesst die Öffentlichkeit aus](#)

9. Februar 2017

[Motion fordert Stopp für neue Fremdsprachendidaktik](#)

9. Februar 2017

[Gehirnwäsche an Minderjährigen](#)

8. Februar 2017

[Überforderte Kinder, frustrierte Lehrer: Inklusion in Deutschland](#)

7. Februar 2017

[EDK ernüchert über Antwort der OECD](#)

6. Februar 2017

[Kompetenzorientierung führt zu schlechten PISA-Resultaten](#)

5. Februar 2017

[Sich einfügen will gelernt sein](#)

5. Februar 2017

[Neue Medien im Unterricht](#)

Immer aktuell

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/>

Die Weltwoche, 11. Februar 2017

Abstimmungskampf im Schulzimmer

Die Aargauer entscheiden am 12. Februar über eine Initiative, die im Lehrplan einen verbindlichen -Fächerkatalog verankern will. Das Establishment läuft Sturm dagegen. Lehrer und Schulbehörden -missbrauchen die Schüler für ihre politische Propaganda.

Von Philipp Gut

Was ist eigentlich los im Kanton Aargau? Am 12. Februar kommt die Initiative «Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21» zur Abstimmung. Das Volksbegehren ist so klar und nüchtern wie das Zurzacher Mineralwasser. Es will den Paragraphen 13 im Schulgesetz durch einen neuen Text ersetzen. Kernstück der Novelle ist ein Fächerkatalog (Abs. 3).

Dazu gehören in der Primarschule Sprache, Mathematik, Realien, Fremdsprache, Musik, Ethik und Religion, bildnerisches Gestalten, textiles sowie allgemeines Werken und Sport. In der Oberstufe enthält der Katalog Deutsch, Fremdsprachen, Mathematik, Informatik, Physik, Chemie, Biologie, Geschichte, Geografie, Musik, Ethik und Religion, bildnerisches Gestalten, textiles sowie allgemeines Werken, Sport und Hauswirtschaft. Die bisherige Regelung ist allgemeiner gehalten, dort werden bloss «Bereiche» aufgelistet wie Sprache, Mathematik und Naturwissenschaften oder Kunst und Gestaltung.

Der Katalog soll aber vor allem ein Bollwerk gegen den Lehrplan 21 sein, der im Aargau erst in einigen Jahren eingeführt wird. Konkrete Fächer wie Geschichte oder Geografie verschwinden im neuen Lehrplan, an ihre Stelle treten Fachbereiche wie «Natur, Mensch, Gesellschaft» und Unterfachbereiche wie «Räume, Zeiten, Gesellschaften». Konkrete Lernziele werden durch Hunderte von sogenannten Kompetenzen ersetzt.

Eine zweite Änderung betrifft die Hoheit des Kantons in Bildungsfragen. Laut bestehendem Gesetz «beachtet» der Regierungsrat «die interkantonale Harmonisierung der Lehrpläne». Die Initiative will die Souveränität des Kantons stärken und interkantonale Beschlüsse, etwa durch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), demokratisch im Parlament verankern (Abs. 4).

Schulleiter: «zwingende» Ablehnung

Das klingt ganz vernünftig, dennoch ist im Aargau der Teufel los. Das gesamte Establishment läuft Sturm gegen die Initiative. Gewerbeverband und Handelskammer marschieren vereint mit den Gewerkschaften VPOD und Unia. Schützenhilfe erhalten die Gegner von der behördennahen *Aargauer Zeitung* (AZ). «Was für eine seltsame Abstimmung», mokierte sich der ehemalige AZ-Chefredaktor Hans Fahrländer in seiner Kolumne. Und in einem Leitartikel warf das Blatt den Initianten einen «ideologischen Kampf» vor, ihr Begehren sei «schädlich» und käme die Steuerzahler «teuer zu stehen».

Dies ist inhaltlich natürlich anfechtbar, aber legitim. Mit Verwunderung nimmt man allerdings zur Kenntnis, dass sich auch die Schulbehörden in den Abstimmungskampf einmischen und die Schule für politische Betätigung missbrauchen. Nachdem viele Lehrer schon im Dezember gestreikt hatten, um an einer Demonstration der Gewerkschaften gegen den angeblichen Bildungsabbau teilzunehmen («Demo statt Schule», *Weltwoche* Nr. 43/16), führen die Behörden jetzt eine orchestrierte Kampagne gegen die Initiative. Auf Schulhöfen hängen Plakate, die ein Nein fordern, gemäss Elternberichten haben Lehrer auch im Unterricht kommentierend auf die Abstimmung hingewiesen, und in mehreren Gemeinden gaben die Lehrer den Schülern Briefe mit Abstimmungsempfehlungen mit nach Hause, als handelte es sich um eine Einladung zum Elternabend oder um eine Orientierung über die neuste Läuseattacke.

Etwa die Schule Lenzburg. Mit Datum vom 19. Januar 2017, exakt getimt auf die entscheidende Phase des Abstimmungskampfs, schrieb Schulpflegepräsidentin Susanne Buri an die «geschätzten Eltern», am 12. Februar werde über die «Zukunft der Volksschule Aargau» und die «unserer Kinder» abgestimmt. Bei einem Ja würde die Schule in ihrer Entwicklung in verschiedenen

Punkten «empfindlich» eingeschränkt. Der Aargau würde sich ins «bildungspolitische Abseits manövrieren und an Standortattraktivität verlieren». Und durch die Stärkung des Grossen Rats würden weitere Reformen erschwert und «die Bildung zum Spielball von weltanschaulichen und politischen Interessen gemacht».

Wie bitte? Wer hausiert denn hier, indem er die Schüler ungeniert als Botenträger instrumentalisiert, mit politischen Interessen? Tatsache ist doch vielmehr, dass die staats- und demokratiepolitisch fragwürdige Quasigesetzgebung durch die EDK mit einem Ja zur Initiative eingedämmt und die parlamentarische Legitimität entsprechender Beschlüsse gestärkt würde.

Oder die Schule Wallbach. In ihrem Brief, der neben Schulpflegepräsidentin Mirjam Grey auch von Schulleiterin Judith Studer unterschrieben ist, steht fettgedruckt: «Die Schulpflege und die Schulleitung von Wallbach empfehlen diese Initiative dringend zur Ablehnung.» Am Ende des Briefs wird die Parole nochmals wiederholt, nicht nur gefettet, sondern auch in doppelter Schriftgrösse («Deshalb ein NEIN am 12. Februar 2017»).

Oder die Gemeinde Arni. Dort empfehlen Schulpflegepräsidentin Barbara Möhrle und Schulleiter Daniel Wieser die Initiative sogar «zwingend» zur Ablehnung.

Umstrittener Brief aus SVP-Departement

Die Liste liesse sich verlängern. Dabei fällt auf, dass sich nicht nur die Argumente ähneln, der Wortlaut der verschiedenen Briefe ist beinahe identisch. Wie kommt das? Durch eine kleine Dokumentenanalyse lässt sich der ursprüngliche Verfasser eruieren. Als «Autor» des Briefs ist ein gewisser Tobias Obrist vermerkt. Dieser ist nicht einfach irgendwer: Er ist kantonaler Beamter und arbeitet im Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS) von Regierungsrat Alex Hürzeler (SVP) in der Abteilung Volksschule. Dort ist er unter anderem für die Umsetzung des Lehrplans 21 zuständig. Den von Obrist verfassten Brief übernahm dann der Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Kanton Aargau (VSLAG). Via Lehrer und Schüler gelangte er schliesslich zu den Eltern.

Die Initianten haben sich gegen diese Behördenpropaganda gewehrt, allerdings mit wenig Resonanz. Dabei können sie sich auf Gesetz und Verfassung berufen. «Die öffentlichen Schulen sind [. . .] politisch und konfessionell neutral», statuiert Paragraph 2 Abs. 2 des aargauischen Schulgesetzes. Und die Bundesverfassung verpflichtet die Behörden, die freie Willensbildung der Bürger zu schützen (Art. 34 Abs. 2), also etwa auch im Vorfeld von Abstimmungen korrekt und zurückhaltend zu informieren.

Die *Weltwoche* hakte bei Bildungsdirektor Alex Hürzeler nach. Pikanterweise hatte dieser kürzlich eine bildungspolitische Plakatkampagne von Kantonsschülern auf dem Schulgelände mit dem Hinweis auf den zitierten Paragraphen des Schulgesetzes untersagt. Wird Hürzeler nun also auch die politische Propaganda der Lehrer, der Schulen und seines eigenen Beamten unterbinden? Der SVP-Mann hatte nicht den Mut, sich den Fragen dieser Zeitung direkt zu stellen. Durch die Kommunikationsabteilung liess er ausrichten, das Departement sehe «keine Veranlassung, den Schulen und ihren Behörden zur umstrittenen Volksinitiative gegen den Lehrplan 21 Weisungen zu erteilen».

Weisungen erteilen? Es geht ganz einfach darum, die politische Neutralität der Schule zu gewährleisten.

<http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2017-6/artikel/abstimmungskampf-im-schulzimmer-die-weltwoche-ausgabe-62017.html>

Mehr dazu:

Kla-TV, 07.02.2017

Der Kampf um die Jugend: Behördenpropaganda in der Schweiz

<https://www.kla.tv/index.php?a=showtodaybroadcast&blockid=8788&id=9903>

20Minuten, 08. Februar 2017

Event-Unterricht

Werden die Schulfächer bald abgeschafft?

von B. Zanni –

In finnischen Schulen wird der Stoff bald in Form von Events vermittelt. Die Reform könnte sich auch in der Schweiz durchsetzen.

Fächer wie Mathematik, Literatur, Geschichte oder Geografie stehen in Finnland spätestens 2020 nicht mehr auf dem Stundenplan. Der Leiter des finnischen Bildungsdepartements hält den Unterricht von Anfang der 90er-Jahre für einen alten Zopf. «Die Bedürfnisse haben sich geändert. Das System muss dem 21. Jahrhundert angepasst werden.»

Die Reform sieht vor, dass Schüler ab 16 Jahren interdisziplinäre Events besuchen. Der Zweite Weltkrieg wird zum Beispiel aus der geschichtlichen, geografischen und mathematischen Perspektive behandelt. Und im Kurs «Arbeiten in einem Café» lernen die Schüler Kompetenzen in Englisch, Wirtschaft und Kommunikation. Sinn ist, dass sie die Themen selber wählen und dabei auch ihre Zukunftsziele und Fähigkeiten im Auge haben. Niemand soll sich mehr fragen, wozu er das lernen soll.

«Gut möglich, dass es heutige Fächer nicht mehr gibt»

Auch in der Schweiz zeichnen sich Tendenzen in diese Richtung ab. «Es ist gut möglich, dass es die Schulfächer in der heutigen Form in ein paar Jahren nicht mehr gibt», sagt Jürg Brühlmann, Leiter Pädagogik beim Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz LCH. Die Schulen vermittelten den Stoff immer projektorientierter. Dies sei vor allem in Fächern wie Mensch und Umwelt der Fall. «Dabei können die Schüler Inhalte wie Geografie, Biologie, Mathematik und vielleicht sogar Kochen vereinen.»

Laut Brühlmann profitieren die Schüler davon stark, wenn auch die Systematik nicht vernachlässigt werde. «Da oft verschiedenes Wissen gefragt ist, um ein Problem zu lösen, sehen sie den Sinn im Schulstoff und sind motivierter.»

«Schüler lernen viel mehr»

Einen ähnlichen Ansatz wie Finnland verfolgt Young Enterprise Switzerland (YES). Der Verein bietet Mittelschülern ein Programm an, bei dem sie innerhalb eines Jahres ein Unternehmen gründen. Pro Woche können sie zwei bis vier Lektionen daran arbeiten. Sie entwickeln eine Geschäftsidee und ein Produkt, ein eigenes Logo, Flyer, erledigen die Buchhaltung, verschicken Medienmitteilungen und zahlen sich Löhne aus. «Unsere Erfahrung zeigt, dass die Schüler viel mehr lernen, wenn sie sich den Stoff auf praktische Weise aneignen», sagt YES-Geschäftsführerin Noémie Sasse. So verstünden sie, was gewisse Verknüpfungen für das spätere Leben brächten.

Auch Gisela Meyer Stüssi, Vizepräsidentin des Vereins Schweizer Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer, macht darauf aufmerksam, dass viel Stoff in Form von Projektwochen und Gruppenarbeiten vermittelt wird. «Der heutige Unterricht am Gymnasium behandelt die Themen des Lehrplans zudem anhand von Beispielen, die mit dem Alltag der Schülerinnen und Schüler verbunden sind.» Etwa werde im Französischunterricht Paris besucht oder in der Geografie sei die nachhaltige Entwicklung Thema.

Keine Option für Mittelschule

Die finnische Schulreform erachtet Meyer Stüssi in den Mittelschulen aber nicht als Option. «Wer das Gymnasium besucht, hat sich für eine Allgemeinbildung entschieden, was vor allem theoretisches Wissen beinhaltet.» Schüler, die damit Mühe hätten, seien in der Berufsschule an einem besseren Platz.

Auch bezweifelt sie, dass Lehrpersonen den Schulstoff in Form von Events seriös vermitteln können. «Damit die Kompetenzen für solch grosse Themenkomplexe reichen, müsste eine Lehrperson mindestens zehn Jahre studieren.» Auch Noémie Sasse hat Vorbehalte. «Die Schüler dazu zu bringen, Selbstverantwortung zu übernehmen, ist nicht immer einfach und kann deshalb ein Projekt zum Scheitern bringen.»

<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/Werden-die-Schulfaecher-bald-abgeschafft--24891117>

Man beachte auch die 393 Kommentare

Die beliebtesten Leser-Kommentare

Lehrlingsausbilder am 08.02.2017

Schulbildung wird immer unbrauchbarer!

Es scheint immer noch nicht zu reichen, dass Schulabgänger oft nicht mehr den schulischen Mindestanforderungen an eine Lehrlingsausbildung genügen. Schon bald werden Lehrlingsbetriebe wohl auch noch die Basis der Schulbildung vermitteln müssen? Hört doch endlich mal auf alles auf nackter Studiertentheorie erneuern zu müssen und kehrt endlich wieder mal auf praxisorientiertes Lernen an den Schulen zurück!

Tagblatt, 10. Februar 2017

Informatik immer zwingender

BILDUNG · Die Konferenz der Erziehungsdirektoren erwägt, den Informatikunterricht an Mittelschulen als obligatorisch zu erklären. St. Gallen hat schon Vorarbeit geleistet.

Sina Bühler

«Das ist eine alte Diskussion», beantwortet Martin Leuenberger die Frage, ob alle Schülerinnen und Schüler programmieren können sollten. «Und es ist genau die Frage, die wir nun beantworten wollen.» Die Schweizerische Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK) hat soeben bekanntgegeben, dass sie ein Informatik-Obligatorium an der Mittelschule prüft, Leuenberger koordiniert das Projekt bei der EDK. Informatik sei schon im Lehrplan 21 an der Volksschule vorgesehen, sagt Leuenberger, es sei deswegen nur konsequent, wenn diese Ausbildung auch am Gymnasium fortgesetzt werde.

Wie das konkret ausgestaltet wird, ist Gegenstand einer Anhörung. Bis Anfang Mai haben die Kantone Zeit, um den Entwurf zu beurteilen. Auch Lehrerverbände, Informatik-Organisationen, Universitäten und die parlamentarische Gruppe Digitale Nachhaltigkeit sind eingeladen, sich zum Projekt zu äussern. Wichtig sind dabei auch Überlegungen, wie das Obligatorium im Maturitätsreglement verankert werden soll, das heisst, ob es zum Schwerpunktfach, wie «Wirtschaft und Recht», erklärt wird, oder zum Grundlagenfach. «Dann zählt es für die Matura. Wir müssen festlegen, ob für die Note dann ein Fach mehr dazugerechnet wird oder ein anderes wegfällt», sagt Martin Leuenberger. Das sei natürlich immer wieder eine Konfliktsituation zwischen den Fachschaften an den Schulen. «Jedes Fach ist wichtig, aber die Stundenzahl ist nun mal begrenzt.»

Informatik mit Medienbildung verzahnt

Informatikprofessor Juraj Hromkovic, Leiter des Ausbildungs- und Beratungszentrums für Informatikunterricht an der ETH Zürich, warnt davor, bei anderen Fachrichtungen zu streichen. Er verlangt nach einer grösseren Vision für den Mittelschullehrplan: «Wir müssen im Kontext überlegen, welche Kompetenzen, welches Wissen und welche Denkweisen für eine weitere Entwicklung unserer Zivilisation wichtig sind. Und die gesamten Lehrpläne entsprechend aufräumen.» Bisher sei dies nicht angestrebt worden, auch nicht an der Volksschule mit dem Lehrplan 21. Dort habe man nur über die Methodik nachgedacht und den Unterricht viel zu stark mit Medienbildung verzahnt: «Dabei hat Informatik mit Medienbildung ungefähr so viel zu tun wie Autofahren mit der Physik.»

«Das stimmt», sagt Tina Cassidy, Leiterin des St. Galler Amtes für Mittelschulen, «trotzdem ist Medienkompetenz grundlegend, um in dieser Gesellschaft reif handeln zu können.» Immer wichtiger werde die Fähigkeit, Informationen einordnen, echte Nachrichten von Fake News unterscheiden zu können, die Konsequenzen von Big Data richtig einschätzen zu können. Beim Kanton beschäftigt man sich seit einem Jahr intensiv mit dem Thema Informatik-Obligatorium. Die zuständige Arbeitsgruppe hat soeben ein Papier dazu erarbeitet. «Inhaltlich ist es nicht weit vom EDK-Vorschlag entfernt», sagt Cassidy, durch die Eigenleistung habe man sich in der Diskussion um ein flächendeckendes Obligatorium aber einen Vorsprung verschaffen wollen. Im März wird das Papier vom Erziehungsrat beurteilt, der den Projektauftrag erteilte. Erst dann werde man mehr dazu sagen können.

Die EDK hingegen hat ihren Lehrplan bereits veröffentlicht. Wie Projektkoordinator Martin Leuenberger erläutert, geht es darin um eine breite informatische Grundbildung. «Die Schülerinnen und Schüler lernen die Grundzüge von Programmiersprachen, wichtige technische Hintergründe von Computernetzwerken oder Sicherheitsfragen der digitalen Kommunikation.» Auch

die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer wird ein Thema der Anhörung sein. Zwar vergebe die ETH das Lehrdiplom für Informatik schon seit 15 Jahren und das Angebot an Aus- und Fortbildungen sei bereits sehr umfangreich, sagt Institutsleiter Hromkovic. «Aber die Lehrkräfte haben heute noch nicht die notwendigen Kompetenzen.»

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/Informatik-immer-zwingender;art120094,4900645>

NZZ am Sonntag, 05.02.2017

Der Niedergang des Schulfachs Geschichte hilft den Populisten

Die Erinnerungen an die historischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts verblassen. Davon profitieren autoritäre Führerfiguren. Verstärkt wird dies durch die Abwertung des Geschichtsunterrichts an den Schulen,

schreibt Felix E. Müller

Niemand lebt mehr, der im Ersten Weltkrieg gekämpft hat. Bald werden die letzten Schergen von Auschwitz gestorben sein, bald die letzten ihrer Opfer. Stalins Gulag, der Bau der Berliner Mauer, sowjetische Panzer in Prag? Was da war, vermögen viele nur noch bruchstückhaft auf die Reihe zu bringen. Wir erleben gerade, wie bisherige Fixpunkte der kollektiven Erinnerung im Nebel des Vergessens verschwinden, wie das 20. Jahrhundert wegdriftet in eine diffuse Vergangenheit, die anscheinend mit dem Heute etwa so viel zu tun hat wie der Zweite Punische Krieg mit dem Brexit.

Nun gehört das Vergessen zu den normalen Prozessen des menschlichen Gedächtnisses. Vielleicht drei Generationen vermag ein Einzelner als persönliche Erinnerung zu überblicken. Danach wird die Vergangenheit abstrakt. Doch im momentanen Fall ist diese rasch voranschreitende Geschichtsvergessenheit fatal, weil das 20. Jahrhundert nicht einfach ein beliebiges war, sondern bisher einmalige Katastrophen über die Menschheit brachte: Weltkriege, Atombomben, den Holocaust – es war eine Epoche der unvorstellbaren Grausamkeiten und einer unvorstellbaren Zahl von Opfern. Dieses Jahrhundert sollte deswegen als Fixpunkt dienen, damit sich die Apokalypse nie mehr wiederhole. Dieser Vorsatz hat die Nachkriegsordnung geprägt und Europa drei Generationen lang Frieden und Stabilität beschert.

Doch jetzt verblassen die Erinnerungen. Prompt erleben autoritäre Führungsfiguren eine Renaissance, wird internationale Kooperation verdammt, nimmt der Fremdenhass zu, gilt der Nationalstaat wieder als Lösung für alle Probleme der Gegenwart. Dabei hätten, sagte der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble kürzlich, der Nationalstaat und starke Führer Europa in der Vergangenheit vor allem grosse Probleme eingebrockt.

Tempi passati! Und so rufen die Populisten von heute etwa «Make America great again». Denn früher, da war alles besser. Die Vergangenheit ist da ein weiches Federbett, in dem gefühlige Geschichtsbilder nostalgische Wärme abstrahlen. Welchen Zeitpunkt in der Geschichte der USA möchte Trump restaurieren? Den Zweiten Weltkrieg, Vietnam, das atomare Wettrüsten der 1950er Jahre? So präzise sollte man nicht fragen. Geschichte dient da nicht mehr als kritischer Referenzrahmen für die Beurteilung und Einordnung gegenwärtigen Geschehens, sondern als Requisitenraum für politisch opportunistische Inszenierungen.

Erleichtert wird der jetzt zu beobachtende Erinnerungsverlust durch den Niedergang des Geschichtsunterrichts an der Schule. Wie immer bei pädagogischen Trends ist dabei Deutschland auf dem Holzweg vorausgegangen, worauf die Schweiz willig folgte. Der Abschied von der Faktenvermittlung im Unterricht und die Umarmung Kompetenzen-basierter Lehrpläne mussten gerade einem Fach wie Geschichte speziell schaden, wo es rasch um viele Fakten geht. In Deutschland kam der Pisa-Schock dazu, der die Bildungspolitik noch stärker auf die gut messbaren Fächer wie Mathematik oder Naturwissenschaft fokussieren liess.

Mit dem Lehrplan 21 verschwindet nun in der Schweiz Geschichte als eigenständiges Fach auf der Sekundarstufe 1. Das Thema wird untergebracht in einem Sammelfach «Räume, Zeiten, Gesellschaften», wobei die Zahl der Stunden, die dafür zur Verfügung steht, schrumpft. Peter Gautschi, Professor für Geschichtsdidaktik an der Pädagogischen Hochschule Luzern, sagt, im Kanton Aargau seien früher an der Bezirksschule 320 Lektionen Geschichte pro Jahr angeboten worden. Mit dem Lehrplan 21 halbiere sich diese Zahl zumindest. Seine Kollegin Béatrice Ziegler von der PH Aarau ergänzt, der Kanton Zürich unterbiete sogar die Regelungen des Lehrplans 21. Und im Lehrplan der Berufsschulen sei Geschichte gar vollständig verschwunden. «Man sieht den geringen Stellenwert von Geschichte besonders deutlich am Umfang der Lehrmittel, die gleichzeitig in mehreren Ländern verwendet werden. Hier haben diejenigen für die Deutschschweiz mit Abstand am wenigsten Seiten», sagt Gautschi. Etwas besser ist die Situation bei den Gymnasien, wenn auch dort das Fach Federn lassen musste.

So nimmt das Geschichtswissen bei den Jugendlichen drastisch ab. Eine Studie hat vor einigen Jahren in Deutschland ergeben, dass nur jeder Dritte weiss, wer die Berliner Mauer errichtet hat. Ebenfalls jeder Dritte hält Konrad Adenauer und Willy Brandt für DDR-Politiker. Und viele waren sich nicht schlüssig, ob es sich beim Nazi-Regime und bei der DDR um Diktaturen gehandelt hat. Man muss befürchten, dass die Ergebnisse in der Schweiz auf der Ebene Volksschule nicht unbedingt viel besser wären.

Wer so mit diesem Fach umgeht, muss sich nicht wundern, wenn die Anfälligkeit für Verführungen mit Geschichte steigt. Wer keine Kenntnisse mehr hat von den Katastrophen, welche autoritäre Regime verursacht haben, der wird sein Schicksal bedenkenlos in die Hände von Marine Le Pen legen, die alte Grösse verspricht und damit gleich die Lösung aller Probleme der Gegenwart.

Was soll man tun? Geschichte unterrichten, mehr Geschichte, richtige Geschichte! Denn sonst wird das eintreten, was der spanische Philosoph George Santayana einst gesagt hat: Wer die Vergangenheit nicht kennt, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.

Die Weltwoche, 11. Februar 2017

Frühfremdsprachen: Rien ne va plus

Berner Gymnasien streichen aus den Französisch-Aufnahmeprüfungen die Grammatik. Das kommt einer offiziellen Bankrotterklärung des Lernens von Fremdsprachen in der Primarschule gleich.

Von Alain Pichard

Als mich die Anfrage der Weltwoche erreichte, den Beschluss der Berner Gymnasien zu kommentieren, gemäss dem Grammatik aus den Aufnahmeprüfungen in Französisch gestrichen werden soll, mischte sich eine ungewohnte Resignation in mein sonst so streitlustiges Naturell. Was soll man hierzu eigentlich noch schreiben?

Ich liess mir all die Aussagen eigenständig denkender Professorinnen, der befremdeten Lehrkräfte, der wütenden Eltern oder der kritischen Journalisten noch einmal durch den Kopf gehen, die sich in den vergangenen Jahren – medial oder im persönlichen Austausch – zum «neuen» Fremdsprachenunterricht geäussert hatten, und rief mir den überwiegenden Tenor ihrer Wortmeldungen in Erinnerung: ein aktionistisches Projekt als panische Reaktion auf den inszenierten Pisa-Schock; eine politische Kurzschlusshandlung praxisferner Bildungspolitiker; ein Unternehmen ohne auch nur halbwegs seriöse wissenschaftliche Basis; den Schul-harmonisierungsbestrebungen schon früh zuwiderlaufend; in sich selbst höchstgradig widersprüchlich und bar jeder Plausibilität hinsichtlich einer Verbesserung des Lern-erfolges. Die Liste der berechtigten Einwände – adäquat veranschaulicht – vermöchte eine ganze Ausgabe der Weltwoche zu füllen.

Ich entsinne mich, wie man in Gestalt des Passepartout-Projekts eine geradezu frivole, weltweit einzigartige Sprachdidaktik nachlegte, die ohne breite und unabhängig evaluierte Testphase in sechs deutschsprachigen oder bilingualen Kantonen eingeführt wurde. Ich empörte mich öffentlich darüber, welche Unsummen in diesen gigantischen schulischen Feldversuch – notabene mit einer ganzen Schülergeneration als unfreiwilligen Probanden – investiert wurden; die sechs Passepartout-Kantone dürften bislang rund hundert Millionen Franken dafür ausgegeben haben. Schliesslich mussten wir nur noch lachen, als wir hörten, dass das teuerste und angeblich bestmöglich getestete Lehrmittel aller Zeiten nach exakt einem Jahr bereits umfassend überarbeitet werden musste und so vermutlich heimlich und schrittweise in ein eher traditionelles Lehrmittel zurückverwandelt wird.

Freilich ohne dass sich die Verantwortlichen Asche aufs Haupt streuten. Einflussreiche Menschen pflegen ihr Gesicht nicht zu verlieren – koste es, was es wolle. Zu diesem Zweck dürfen Potemkinsche Dörfer sogar zu Metropolen ausgebaut werden. Nun also hat die grosse Französischreform die Gymnasien erreicht. Mit skeptischer Neugier, so der Bieler Gymnasiallehrer Roger Hiltbrunner in der Berner Zeitung, wolle man dieser Herausforderung begegnen. Man müsse die Schüler dort abholen, wo sie seien, und man könne nicht etwas prüfen, was die Schüler gar nicht durchgenommen hätten. Und so schafft man die Grammatikprüfungen halt einfach ab. Allerdings werde man, so Hiltbrunner, dies alles im Unterricht nachholen müssen. Damit sind die letzten Masken dieser sich auf Verdrehung, Diffamierung und Voluntarismus begründenden Reform gefallen. Das ist dann doch der Gipfel der Heuchelei: Die Gymnasiasten bekommen den verpassten Strukturaufbau nachgeliefert, während die grosse Mehrheit unserer Schüler auf diesen verzichten muss.

Die Frühfremdsprachen waren ursprünglich das Projekt einer Kaste besonders bildungsambitionierter Mittelstandseltern, welche der trügerischen Losung «Je früher, desto besser» auf den Leim gekrochen waren. Teure Privatschulen hatten mit zweisprachigem Unterricht und Frühenglisch gelockt. Die trägen öffentlichen Schulen gerieten unter Druck. Als bald wurde durch willfährige Theoretiker ein untaugliches Konzept mit hanebüchenen Lehrmitteln aus dem Boden gestampft. Der Rest ist Geschichte.

Doch vergessen wir nicht: Viele Menschen sind mit diesen Entwicklungen überaus zufrieden. Bildungspolitiker schmücken sich mit dem Etikett von Erneuerung und Innovation; Lehrmittelverleger machen das Geschäft ihres Lebens; Dozierende der pädagogischen Hochschulen dürfen die Lehrkräfte von der Unterrichtsfront mit ausladenden Weiterbildungen beglücken und mit Evaluations- und Forschungsaufträgen rechnen; Eltern sehen ihre Kinder vordergründig für die Globalisierung gerüstet und sind froh darüber, dass man im einstigen Selektionsfach Französisch heute viel leichter zu einer guten Note kommt. Und wenn diese sogar richtig gut sein sollte, kann damit gerade noch die Drei in Mathematik kompensiert werden. Ende gut, alles gut, n'est-ce pas?

Alain Pichard ist Lehrer und Gemeindepolitiker (GLP) in Biel und einer der profiliertesten Kritiker der Reformen im Bildungswesen der letzten Jahre.

<http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2017-6/artikel/fr%C3%BChfremdsprachen-rien-ne-va-plus-die-weltwoche-ausgabe-62017.html>